

Gedenkanlässe 2016-2020

Antragsjahr 2016

1936 Beginn des spanischen Bürgerkriegs (80 Jahre)

Im Spanischen Bürgerkrieg, der im April 1936 begann und fast 3 Jahre andauerte, kämpften die demokratisch gewählte Volksfrontregierung der Zweiten Spanischen Republik (Gründung 1931) und eine Gruppe rechtsgerichteter Putschisten gegeneinander. Grundlage für die gewaltsamen Auseinandersetzungen waren tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft, wie u.a. die Unabhängigkeitsbestrebungen des Baskenlandes und Kataloniens oder die kulturelle Monopolstellung der römisch-katholischen Kirche. Unter *Führung* des Generals Francisco Franco gelang den Faschisten im April 1939 der Sieg, der in der fast 40-jährigen spanischen Diktatur resultierte, die erst mit Francos Tod 1975 ein Ende fand. Von internationaler Bedeutung war der Krieg, weil er die damalige ideologische Spaltung Europas widerspiegelte und die europäischen Mächte dazu zwang, Haltung zu beziehen und damit den Kriegsverlauf maßgeblich zu beeinflussen.

1956 Mobilisierung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Mitteleuropa (60 Jahre)

Auf den Tod Stalins im Jahr 1953 folgte in Osteuropa die sogenannte „Tauwetter-Periode“, die politische Auflockerungen und größere Freiheiten mit sich brachte. Die „Geheimrede“ des Parteichefs der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU)* Nikita Chruschtschow im Februar 1956 setzte einen Prozess der Entstalinisierung in Gang. Dies verunsicherte die osteuropäischen Diktatoren und gab den Menschen neue Hoffnung.

Während die daraufhin ausgelösten Proteste des „Polnischen Oktobers“ im Herbst 1956 in Polen ein friedliches Ende nahmen, da der Kreml sich auf einige Zugeständnisse einließ, wurde der Volksaufstand in Ungarn im November desselben Jahres von sowjetischen Truppen blutig niedergeschlagen. Beinahe 200.000 Ungarn flüchteten über die Grenze nach Österreich und weiter gen Westen.

Die Hoffnungen auf Demokratisierung wurden somit zunichte gemacht und die Tauwetter-Periode endete spätestens mit der Entmachtung Chruschtschows im Jahr 1964. Sie wurde jedoch zum Wegbereiter für die Reformen Michail Gorbatschows, der 1985 sein Amt als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU antrat und die Entstalinisierung fortführte.

1991 Beginn der Jugoslawienkriege (25 Jahre)

Die verschiedenen Kriege im ehemaligen Territorium Jugoslawiens Ende des 20. Jahrhunderts werden als Balkankonflikt oder Jugoslawienkriege zusammengefasst. Angefangen im Jahre 1991 gab es bis 2001 insgesamt sechs Auseinandersetzungen, die auf dem jugoslawischen Staatszerfall basierten. Trotz der militärischen Bemühungen der Jugoslawischen Volksarmee die Autonomiebestrebungen seiner Teilrepubliken zu unterdrücken, erlangten Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina letztendlich die Unabhängigkeit. Das restliche Staatsgebiet bestehend aus Serbien und Montenegro löste die Republik Jugoslawien 2003 ab, wobei auch diese Staaten seit 2006 unabhängig voneinander sind. Lediglich der völkerrechtliche Status des Kosovo ist noch umstritten. Die Region erklärte im Juni 2008 zwar seine Souveränität von Serbien, doch wird dieser Status bislang nur von 110 der 193 Mitgliedsstaaten der UN anerkannt.

1951 UN-Flüchtlingskonvention (65 Jahre)

Auf einer Sonderkonferenz der UN im Juli 1951 wurde das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in Bezug auf die Situation der Flüchtlinge in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen. Das Abkommen ist auch unter dem Namen Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) bekannt und trat im April 1954 in Kraft. Seit der Erweiterung im Jahre 1967 zählt es insgesamt 143 Mitgliedsstaaten. Auf Basis der humanitären Notlagen, die aus den beiden Weltkriegen hervorgegangen waren, wurde erstmalig der Umgang mit Flüchtlingen völkerrechtlich verbindlich geregelt. Im Zuge der Konvention wurden also der Status und die Rechte der Flüchtlinge eingehend definiert, wobei dies lediglich Schutzsuchende betrifft, die aufgrund von Ereignissen bis einschließlich 1951 geflohen sind. Spätere Flüchtlinge sind demnach nicht mit eingeschlossen, sie fallen in den Zuständigkeitsbereich des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), für das die GFK die Rechtsgrundlage darstellt und welches sich mit den Millionen Flüchtlingen und Vertrieben weltweit beschäftigt.

Antragsjahr 2017

1917 der Zerfall von Großmächten (100 Jahre)

Im Russischen Zarentum kam es im Jahre 1917 zu mehreren sozialen und politischen Revolutionen, die zusammenfassend als Russische Revolution benannt werden. Daraus resultierte ein vierjähriger Bürgerkrieg, der den Untergang Russlands bedeutete und 1922 in der Gründung der Sowjetunion endete. Das Ende des Ersten Weltkrieges 1918 bewirkte außerdem, dass andere europäische Mächte, wie Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und das Deutsche Kaiserreich untergingen. Dieser Zerfall hatte den Aufstieg der Nationalstaaten zur Folge, so dass Europas Landkarte in zahlreiche Länder aufgeteilt wurde.

1957 die Römischen Verträge (60 Jahre)

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 wurden sowohl die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als auch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) begründet. Ferner wurde in einem Abkommen beschlossen, dass diese beiden Organe zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zukünftig eine gemeinsame parlamentarische Versammlung, einen Gerichtshof sowie einen Wirtschafts- und Sozialausschuss haben werden. Diese Erlasse, die als Römische Verträge zusammengefasst und von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden beschlossen wurden, traten im Folgejahr in Kraft und vertieften die europäische Zusammenarbeit maßgeblich. Somit erweisen sie sich als wichtige Etappe auf dem Weg zur Gründung der Europäischen Union.

Antragsjahr 2018

1918 Ende des Ersten Weltkrieges (100 Jahre)

Delegationen aus Russland, Deutschland, Österreich, Bulgarien und der Türkei begannen Ende 1917 Friedensverhandlungen. Doch es kam erst am 11. November 1918 zum Kriegsende, nachdem die Alliierten die Übermacht gewonnen hatten. Deutschland und die Alliierten unterzeichneten ein Abkommen zum Waffenstillstand. Es folgten Friedensverhandlungen in Paris, wobei Russland und Deutschland davon ausgeschlossen wurden, weil sie noch keine demokratisch legitimierten Regierungen vorweisen konnten. Deutschland und seinen Alliierten wurden in diesen Verträgen von Versailles die Kriegsschuld zugesprochen. Im Zuge des Friedensvertrages wurde ein internationaler Völkerbund geschlossen, dem Deutschland und Österreich nicht beiwohnen durften. Außerdem kam es zu deutlichen Veränderungen der europäischen Landkarte. In

Folge des Kriegsendes zerfielen Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, das Russische Zarentum und das Deutsche Kaiserreich gingen unter. Daraus hervor ging eine Vielzahl von Nationalstaaten, die eine neue Herausforderung für die europäische Zusammenarbeit darstellte.

1938/1939 Beginn des Zweiten Weltkrieges (80 Jahre)

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann am 1. September 1939 offiziell der Zweite Weltkrieg. Hitler hatte keine Kriegserklärung ausgesprochen und gab den Angriff als Verteidigungsaktion aus. Daraufhin forderten Frankreich und Großbritannien binnen zwei Tagen den Rückzug der deutschen Wehrmacht, allerdings vergeblich. Es folgte ein sechsjähriger Krieg, der den Großteil der Welt erfasste und fast 60 Millionen Menschen das Leben kostete.

1948 Beginn des Kalten Krieges (70 Jahre)

Der Kalte Krieg, der von 1947 bis 1989 andauerte, gilt als eine Auseinandersetzung zwischen kapitalistischen und kommunistischen Systemen ohne direkte militärische Interventionen. Auf der einen Seite des Konfliktes standen die Westmächte angeführt von den Vereinigten Staaten von Amerika, während der Ostblock von der Sowjetunion angeführt wurde. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1989 fand auch der Kalte Krieg ein Ende und es kam langsam zu einer Annäherung von Ost- und Westeuropa.

1948 Der Haager Kongress und die europäische Integration (70 Jahre)

Unter der Schirmherrschaft von Winston Churchill fand 1948 der Haager Kongress zur Koordinierung der europäischen Einheit statt. Die 800 Delegierten diskutierten über die unterschiedlichen Rahmenbedingungen einer europäischen Integration. Mit dem Ziel ein vereintes, föderales Europa zu schaffen, schlossen sich dort unterschiedliche Akteursgruppen zur Europäischen Bewegung zusammen, die sich bis heute für die Grundwerte Europas einsetzt.

1968 Protest- und Bürgerrechtsbewegungen, Einmarsch in die Tschechoslowakei, Studentenproteste und antisemitische Hetzkampagne in Polen (50 Jahre)

Mitte der 1960er Jahren entstanden in Europa intensive, linksgerichtete Bürgerbewegungen und Proteste, die sich auf den Ost-West-Konflikt bezogen. Besonders in Westdeutschland beteiligten sich viele Studierende an den Protesten, in denen sie den Ausstieg aus dem kapitalistischen System forderten. Zur selben Zeit kam es in der Tschechoslowakei zur größten militärischen Option seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten Polen, Ungarn, Bulgarien und der Sowjetunion marschierten in das Land und beendeten durch ihre Besetzung den Prager Frühling, ein Reformprogramm der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei. Als Folge flohen zehntausende Menschen aus dem Land – insbesondere Intellektuelle und Facharbeiter. Auch in Polen kam es zu zahlreichen Fluchtbemühungen, da die dortigen Medien eine Hetzkampagne gegen Juden initiierten und sie für die Studentenaufreihen beschuldigten. Polnische Juden wurden daher aus der Partei ausgeschlossen und verloren teilweise ihre Arbeitsstellen, so dass aufgrund der Diskriminierung rund 15.000 polnische Juden das Land verließen.

Antragsjahr 2019

1979 Wahlen zum EP (40 Jahre)

Im Jahre 1979 kam es erstmalig zur Wahl des Europäischen Parlaments. Im Vorfeld waren die Abgeordneten durch die nationalen Parlamente entsendet worden. Statt aus nationalen Delegationen, wie es im Vorfeld der Fall war, werden die Mitglieder seitdem aus länderübergreifenden Fraktionen (Sozialisten, Konservative, Liberale, Grüne, etc.) gewählt. Im Zuge der weiteren Entwicklung der EU hat das Parlament kontinuierlich an Einfluss gewonnen.

1989 der Fall der Berliner Mauer (30 Jahre)

Ende der 1980er Jahre veränderten sich die politischen Verhältnisse in Europa grundlegend. Im Polen kam es im Juni 1989 zu parlamentarischen Wahlen, nachdem die Herrschaft der kommunistischen Partei durch die Solidarnosc-Bewegung endete. Zur selben Zeit führte die Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn und Österreich dazu, dass zahlreiche DDR-Bürger über Ungarn in den Westen flohen und am 9. November schließlich die Berliner Mauer fiel. Aus dem Niedergang der Sowjetunion folgte 1990 ebenfalls die Unabhängigkeit der baltischen Staaten, die gegen ihren Willen Teil davon gewesen waren. Letzten Endes kam es 1991 in Verbindung mit den Jugoslawienkriegen zur Auflösung der Sowjetunion.

2004 EU-Osterweiterung (15 Jahre)

Mit dem Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Ländern trat 2004 die bisher größte Erweiterung der EU in Kraft. Grundlage dafür waren die historischen und kulturellen Verbindungen zum restlichen Europa begründet. Nach erfolgreichen Volksabstimmungen in den Ländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern traten diese der EU bei. Bis 2007, als sich auch Rumänien und Bulgarien Mitglieder nennen konnten, bestand die EU aus insgesamt 25 Mitgliedsstaaten.

Antragsjahr 2020

1950 Erklärung von Robert Schuman (70 Jahre)

In Anlehnung an Jean Monnet unterbreitete der französische Außenminister Robert Schuman 1950 seinen Plan, die deutsche und französische Stahl- und Kohleproduktion zusammenzulegen. Diese Erklärung war ein wichtiger Grundstein für den europäischen Integrationsprozess, da sie einen gemeinsamen Markt und gemeinsame Kontrolle über die Rüstungsindustrie schuf. Als der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in dieser Idee die Chance sah, sich mit den westlichen Staaten auszusöhnen, sprach er sich für die Gründung dieser Montanunion aus. Im Folgejahr gründeten Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg schließlich die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die aus einer gemeinsamen Verwaltung der Kohle- und Stahlindustrie bestand. Als bedeutende Elemente des Wiederaufbaus waren Kohle und Stahl somit die Instrumente der Friedenssicherung unter den Mitgliedsstaaten.

1990 Deutschlands Wiedervereinigung (30 Jahre)

Nach vier Jahrzehnten der deutschen Teilung während des Kalten Krieges bewirkte die Öffnung der Berliner Mauer 1989 den endgültigen Zerfall des politischen Systems der DDR. Nachdem die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die weiterhin die völkerrechtliche Verantwortung für Deutschland als Ganzes trugen, der Wiedervereinigung zustimmten, erlangte Deutschland diese am 3. Oktober 1990 und erreichte damit wieder seine außen- und innenpolitischen Souveränität.

2000 (Verkündung der Charta der Grundrechte der EU (20 Jahre))

Als eines der Grundprinzipien der EU ist die Wahrung der Grundrechte von hoher Bedeutung für die Legitimität der EU. Daher beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschef im Jahre 1999 die Erstellung einer Charta der Grundrechte, um Unionsbürgerinnen und -bürger auf die Rolle und das Ausmaß dieser Rechte hinzuweisen. Im Jahre 2000 wurde diese Charta verkündet, die in insgesamt sechs Kapiteln sowohl die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte als auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte umfassend präsentiert.